



JUNGE UNION STEINBURG

Kreisvorsitzender: Marko Förster
Adresse: Poststr. 14
25524 Itzehoe
Kontakt: marko.foerster@ju-steinburg.de

Itzehoe, den 18.05.2016

PRESSEMITTEILUNG

Unnötige Regulierungen verhindern, Klein- und Mittelständische Betriebe schützen!

Ende März dieses Jahres wurde bekannt, dass eine geplante Verordnung aus dem Bundesumweltministerium neue Regeln bei der Vergabe öffentlicher Aufträge vorsieht. Sollte diese neue Verordnung in Kraft treten, wäre jeder Holz verarbeitende Betrieb dazu verpflichtet, sich nach den Kriterien des FSC (Forest Stewardship Council) zertifizieren zu lassen, um an öffentlichen Ausschreibungen teilnehmen zu können.

Grundsätzlich begrüßen die Junge Union (JU) und die Mittelstandsvereinigung (MIT) des Kreises Steinburg Maßnahmen zum Schutz unserer Umwelt. Da es aktuell aber bereits untersagt ist, nicht zertifiziertes Holz in die EU zu importieren, würde hiermit ein weiterer unnötiger bürokratischer Aufwand geschaffen werden, der insbesondere zu Lasten der kleineren Handwerksbetriebe geht.

Denn zusätzlich zu den reinen Zertifizierungskosten, würden weitere tausende Euro an betriebsinternen Bürokratiekosten dazukommen, wie der Tischler und Schreiner Bundesinnungsverband anmerkt.

Die Unterzeichner fordern die Landesregierung auf, von der Übernahme diese Regelung Abstand zu nehmen. „Kleinen und mittelständischen Betrieben Zertifizierungskosten im vierstelligen Bereich aufzubürden, um den Betrieben etwas zu untersagen, was bereits nach EU Recht untersagt ist, ist absurd.“ so Marko Förster Vorsitzender der Jungen Union in Steinburg. „Diese Regelung ist sowohl für die Umwelt, als auch für die Wirtschaft von keinerlei Vorteil.“

Ähnlich sieht es der Steinburger Kreis- und stellvertretende Landesvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung, Stefan Lange: „Bereits jetzt schon haben wir keine Chancengleichheit der kleineren Betriebe für die Teilhabe an öffentlichen Aufträgen und Fördermitteln. Diese zusätzliche Zertifizierung würde das Problem noch deutlich verschärfen!“.

Die beiden CDU – Gliederungen hoffen nun auf Einsicht und Unterstützung der Landesregierung.

„Gesunder Menschenverstand muss hier vor Ideologie gehen!“ so die Kreischefs unisono.